

Dazu war Eisenhower nicht bereit und deshalb fand die Gipfelkonferenz nicht statt.

Die Verhinderung der Gipfelkonferenz durch die USA heißt jedoch nicht, daß damit die Behandlung und Lösung der internationalen Probleme auf Eis gelegt ist. Im Gegenteil. Es ist angesichts einer solchen Lage notwendiger denn je, die wichtigsten offenen internationalen Fragen zu bereinigen. Das gilt in erster Linie für die Abrüstung. Nur die von der Sowjetunion vorgeschlagene allgemeine und vollständige Abrüstung ist geeignet, den Frieden endgültig zu sichern und allen Abenteurern die Möglichkeit zu nehmen, die Völker in einen Krieg zu stürzen. Gerade für das deutsche Volk ist die allgemeine und vollständige Abrüstung von besonderer Bedeutung. Sie würde der verhängnisvollen Aufrüstungspolitik in Westdeutschland ein Ende setzen. In Westdeutschland wird viel von der Notwendigkeit der Festlegung des militärischen Status für Deutschland gesprochen, aber auch und gerade für Deutschland wäre der beste militärische Status die Abrüstung.

Eine weitere Hauptaufgabe ist die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges. Nach wie vor muß das ganze Bemühen darauf gerichtet sein, einen Friedensvertrag für ganz Deutschland, d. h. mit beiden deutschen Staaten abzuschließen. Die Vorbereitung und der Abschluß eines Friedensvertrages dürfen und werden nicht an der Obstruktionspolitik der Eisenhower und Adenauer scheitern. Wenn diese Kreise trotz aller Bemühungen seitens der DDR, der Sowjetunion und anderer Staaten nicht bereit sind, endlich einen Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg zu ziehen, so wird kein anderer Ausweg bleiben, als daß die DDR einen

Friedensvertrag mit den Staaten abschließt, die dazu bereit sind. Es versteht sich von selbst, daß dieser Friedensvertrag auch Schluß macht mit allen „Rechten“, die die Regierungen der Westmächte aus dem zweiten Weltkrieg noch für sich in Anspruch nehmen.

Dringender denn je ist heute die Lösung der Westberlinfrage. Zwischen dem in der Sowjetunion abgeschossenen amerikanischen Flugzeug und der Westberlin auf gezwungenen Rolle gibt es eine Parallele: beide haben die Aufgabe, Spionage zu betreiben; beide dienen dem Kampf gegen andere Staaten und damit der Kriegsvorbereitung. Die gleiche Völkerrechtsverletzung, wie sie durch das amerikanische Spionageflugzeug erfolgt ist, erleben wir Tag für Tag von Westberlin aus. Mit dieser anomalen und gefährlichen Lage muß Schluß gemacht werden. Es ist mit der Erhaltung des Friedens unvereinbar, daß die Bonner Regierung Westberlin weiterhin zu Provokationen ausnutzt und mit allen Mitteln die dort bestehende Situation aufrechterhalten will, um zu jedem gewünschten Zeitpunkt Zwischenfälle herbeiführen zu können.

Jetzt kommt es darauf an, daß die friedliebenden Völker und Staaten ihre Kräfte verstärken, um die internationale Lage so zu verbessern, daß nützliche Verhandlungen geführt werden können. Das deutsche Volk muß seine Anstrengungen vervielfachen, um den vom Zentralkomitee der SED vorgelegten Deutschlandplan des Volkes zu verwirklichen. Es besteht für die friedliebenden Kräfte in der ganzen Welt alle Veranlassung, optimistisch in die Zukunft zu schauen, weil die Kräfte des Friedens heute stark genug sind, um die Kräfte des Krieges zu zügeln.

Zur sozialistische". UmCfestaltuuC) der JZaudwirtschaft

Welche Aufgaben haben die Justizorgane im vollgenossenschaftlichen Kreis?

Von GÜNTER BOHM und REINHOLD KUDERNATSCH, Staatsanwälte beim Generalstaatsanwalt der DDR, und RICHARD SCHINDLER, Dozent an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft

„Walter Ulbricht“

I

Bereits auf dem 7. Plenum des Zentralkomitees der SED wies Walter Ulbricht auf den Widerspruch zwischen der Initiative in den fortgeschrittensten VEGs, LPGs und wissenschaftlichen Institutionen einerseits und der Leitungstätigkeit des Staatsapparates andererseits hin. „Es wird nicht alles getan“, sagte er, „um die allgemeine Durchsetzung der fortgeschrittensten Erfahrungen auf breiter Basis zu organisieren, um sie überall anzuwenden“¹. Diese Feststellung, die hier in bezug auf die Entwicklung in der Landwirtschaft getroffen wurde, hat allgemeine Bedeutung. Sie ist ein Ausdruck der immer stärkeren Durchsetzung des demokratischen Zentralismus als der Form, in der sich die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft notwendig vollzieht. Walter Ulbricht hat diese Erkenntnis an anderer Stelle folgendermaßen formuliert:

„Die Struktur des Staatsapparates, die Formen und Methoden der staatlichen Leitung müssen der Entwicklung der Produktivkräfte, der wachsenden Bewußtheit der Volksmassen, der Ausbildung und dem Wachstum der Mitarbeiter sowie der Entwicklung der Klassenkräfte angepaßt werden.“² — Und: „Je vollkommener und einfacher die Formen und Methoden der Leitung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens sind, um so besser kann die Teil-

nahme der Werktätigen an der Leitung von Staat und Wirtschaft erfolgen, um so rascher erhöht sich ihre bewußte Teilnahme beim Aufbau des Sozialismus.“³

Ausgehend von diesen Erkenntnissen führten Mitarbeiter der zentralen Justizorgane in den letzten Wochen einen Brigadeinsatz im Bezirk Rostode durch. Ihre Aufgabe war es zu untersuchen, wie die Organe der Justiz unter den Bedingungen der vollen Ver- genossenschaftlichung in der Landwirtschaft ihre Arbeit verändern müssen. Dabei standen folgende Probleme im Vordergrund:

1. Welche Aufgabe hat die Justiz bei der Verwirklichung der Aufgaben der Staatsmacht, insbesondere bei der Verwirklichung der von den Gemeindevertretungen und deren Organen gestellten Aufgaben?

2. Wie kann die Justiz zur Festigung der LPGs und zur Steigerung der Marktproduktion beitragen?

II

Die schnelle Entwicklung des Bezirks Rostock zum ersten vollgenossenschaftlichen Bezirk in der DDR war nur durch die konsequente Führung der Bezirksparteiorganisation und durch eine gute Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Räte möglich.

Die Justizorgane dagegen haben es überwiegend noch nicht richtig verstanden, mit ihren Mitteln zur Stärkung und Festigung der sozialistischen Landwirtschaft beizutragen.

S ebenda, S. 543.

¹ Walter Ulbricht, Erhöht die Marktproduktion in der Landwirtschaft, Neues Deutschland vom 19. Dezember 1959, S. 3.

² Walter Ulbricht, Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates von 1945—1958, Berlin 1958, S. 541.